Bauvorhaben:

**Umnutzung des Grundstückes Platz des Friedens 1
als Buswendeschleife mit Erweiterung als
Mobilitätsstation
in Schackensleben (Gemeinde Hohe Börde)**

Baubeschreibung

INHALTSVERZEICHNIS

1. ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER BAUEISTUNGEN

1.1 Auszuführende Leistungen

- 1.1.1 Art und Umfang
- 1.1.2 Entwässerung
- 1.1.3 Baugrund / Erdarbeiten
- 1.1.4 Oberbau, Querschnitt der Fahrbahn und Zufahrten
- 1.1.4 Kreuzungen und Einmündungen
- 1.1.5 Straßenausstattung
- 1.1.6 Öffentliche Verkehrsanlagen
- 1.1.7 Versorgungsleitungen

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

- 1.2.1 Beweissicherung
- 1.2.2 Festpunkte, Vermessungsnetz

2. BESCHREIBUNG DER ÖRTLICHEN VERHÄLTNISSE

2.1 Zugänge und Zufahrten

2.2 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

2.3 Lager- und Arbeitsplätze

2.4 Oberflächenwasser

2.5 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

2.6 Boden- und Gewässerschutz

2.7 Vermutete Bodenfunde

2.8 Bäume und Flurgehölze

2.9 Anlagen im Baugelände

3. AUSFÜHRUNG DER BAULEISTUNG

3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung, Termine

3.2 Bauablauf

- 3.2.1 Baubeginn / Bauende
- 3.2.2 Bauüberwachung
- 3.2.3 Abrechnung der Bauleistungen

3.3 Wasserhaltung

3.4 Baubehelfe

3.5 Stoffe, Bauteile

- 3.6 Winterbau**
- 3.7 Sicherungsmaßnahmen**
- 3.8 Belastungsannahmen**
- 3.9 Aufmaßverfahren**
- 3.9.1 Allgemeine Angaben
- 3.10 Prüfungen**
- 3.10.1 Eigenüberwachungsprüfungen
- 3.10.2 Kontroll- und Identitätsprüfungen
- 3.11 Hinweise zum Leistungsverzeichnis**
- 3.12 Nachträge zum Bauvertrag**

4. AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

- 4.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen**
- 4.2 Vom AN zu beschaffende Ausführungsunterlagen**

5. ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VORSCHRIFTEN

- 5.1 Auflistung der anzuwendenden „Zusätzliche Technischen Vertragsbedingungen“ mit ihrem Ausgabedatum – Allgemeines**
- 5.2 Anzuwendende Normen**
- 5.3 Anzuwendende sonstige technische Vorschriften**
- 5.4 Technische Anforderungen auf Basis ARS und RS, Verfügungen des LAS ST**
- 5.5 Änderungen und Ergänzungen**

6. BAULEITUNG

1. ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER BAULEISTUNG

1.1. Auszuführende Leistungen

1.1.1. Art und Umfang

Der Gemeinde Hohe Börde beabsichtigt die Umnutzung des Grundstückes „Platz des Friedens Nr. 1“ in Schackensleben als Buswendeschleife mit gleichzeitiger Erweiterung als Mobilitätsstation.

Das Grundstück Platz des Friedens Nr. 1 befindet sich im Zentrum des Ortsteils Schackensleben in der Einheitsgemeinde Hohe Börde im Landkreis Börde in Sachsen-Anhalt. Es liegt an einem Kreuzungspunkt der beiden Kreisstraßen K1150 und K1155.

Im Vorfeld dieser Baumaßnahme hat die Gemeinde Hohe Börde den Abriss des Gebäudes auf dem städtischen Grundstück Platz des Friedens Nr.1 durchgeführt.

In diesem Zusammenhang soll der Platz mit der neuen Buswendeschleife im Zentrum von Schackensleben am Knotenpunkt der beiden Kreisstraßen K1150 und K1155 sowie am Kreuzungspunkt zweier überregionaler Radwege (Großer Holunderweg und Bahntrassenradweg Haldensleben-Eilsleben) als Mobilitätsstation erweitert werden, um diesen Platz als Sammel- sowie Umsteigepunkt der verschiedenen Mobilitätsangebote (Auto, Fahrrad, Linienbusverkehr) zu nutzen. So sind neben zwei barrierefreien Bushaltestellen mit Buswartehaus auch zwei Fahrradunterstände und zwei PKW-Stellplätze mit E-Ladesäule geplant.

Ziel dieser kombinierten Maßnahme ist, zwei verkehrssichere, barrierefreie und sehbehindertengerechte Bushaltestellen zu bauen sowie einen Umsteigepunkt vom Auto bzw. vom Fahrrad in den Öffentlichen Personen-Nahverkehr zu schaffen, um neben der Vernetzung der verschiedenen Mobilitätsformen auch durch die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten.

Durch die Aufstellung von 2 Outdoor-Terminals an beiden Haltestellenunterständen mit einem Touchmonitor und Internetzugang soll auch die Digitalisierung vorangetrieben werden, da die Bürger und Verkehrsteilnehmer über die beiden Terminals somit direkten Zugang zur digitalen Fahrplanauskunft (INSA-App) für Sachsen-Anhalt für den öffentlichen Nahverkehr und weitere Verbindungsauskünfte für den Bus- und Bahnverkehr erhalten.

Grundsätzlich sollen die Bushaltestellen gemäß den gültigen DIN-Normen barrierefrei für mobilitätseingeschränkte Personen und taktil für sehbehinderte Menschen hergestellt werden.

Aus diesem Grund werden die Bushaltestellen auf der Länge von 18,00 m mit einem Hochbord vom Typ „Kasseler Sonderbord“ mit 18 cm Ansicht und genoppter Oberfläche zur Fahrbahn abgegrenzt. Zuzüglich der beiden Absenksteine von 18 auf 12 cm Ansicht beträgt die Länge 20,00 m. Die Aufstellflächen der Bushaltestellen werden auf der gesamten Länge mit einer Breite von 2,50 m gemessen von Hinterkante Kasseler Bord gebaut. Die Oberflächenbefestigung aus gerumpeltem Betonsteinpflaster, rotbunt, wird mit einem Tiefbord eingefasst.

Die Warteflächen werden zusätzlich auf der gesamten Länge mit taktilen Leiteinrichtungen gemäß DIN 18040 Teil 3 „Barrierefreies Bauen im öffentlichen Verkehrs- und Freiraum“ und der DIN 32984 „Bodenindikatoren im öffentlichen Raum“ versehen. Dies sieht am jeweiligen Einstiegsfeld einen Aufmerksamkeitsstreifen, 60 cm breit quer zum Gehweg, aus weißen quer gerillten Betonplatten sowie ein Einstiegsfeld 1,20 x 0,90 m vor. Weiterhin wird auf der gesamten Länge längs zum Kasseler Bord ein 30 cm breiter Leitstreifen aus längs gerillten Betonplatten in weiß verlegt, der beidseitig mit je 30 cm breiten anthrazitfarbenen Kontrastplatten aus Beton hervorgehoben wird.

Beide Haltestellen werden mit einem überdachten Witterungsschutz ausgestattet. Geplant ist ein überdachter Unterstand aus Stahl und Glas mit 2 Seitenwänden und 2 Rückwänden sowie einer Sitzbank und eines Papierkorbes vom Typ Meisdorf der Fa. Pönicke Wartehallen oder gleichwertig, Farbe RAL 7042 verkehrsgrau. Neben den beiden Haltestellen werden zwei überdachte Fahrradunterstände vom Typ Luna der Fa. Ziegler Metall oder gleichwertig, Farbe RAL 7042 verkehrsgrau, gebaut, die beim Umsteigen vom Rad in den Bus als Abstellmöglichkeit dienen sollen.

Die Fahrgasse, die nur von den Bussen des ÖPNV genutzt werden soll, wird mit einer Breite von 7,00 m ausgebaut, damit zwei Busse aneinander vorbeifahren können. Die Fahrgasse wird mit verschiebesicherem Betonsteinpflaster mit EPDM-Fuge (keine mineralische Fugenverfüllung) in Grau vom Typ Combi Connect der Fa. Berding Beton oder gleichwertig ausgebaut und beidseitig mit einem Hochbord eingefasst. Im Bereich der Gehwegquerung wird das Betonsteinpflaster mit EPDM-Fuge in Rot ausgeführt.

Zur Erreichbarkeit der beiden Haltestellen wird vom bestehenden Gehwegnetz entlang der beiden Kreisstraßen um den Platz herum ein neuer jeweils 2,00 m breiter Gehweg aus gerumpeltem Betonsteinpflaster in Rotbunt vom Typ Ambiente der Fa. Berding Beton oder gleichwertig analog Bestand gebaut.

Da das Grundstück ca. 0,60 m höher liegt als die Straßen, wird der Platz leicht erhaben gestaltet mit umlaufenden Böschungen. In der Platzmitte sollen vier große Solitärbäume mit zwei Bänken mit Rückenlehne sowie zwei Lümmelbänken als zentraler Mittelpunkt gepflanzt werden. In der umlaufenden Böschung sowie in der Böschung zum Nachbargrundstück werden kleinere ortstypische Bäume im Zuge der Ausgleich- und Ersatzpflanzung für die im Zuge des Gebäudeabrisses gefälltten Bäume gepflanzt.

Zusätzlich werden in den Platz zwei PKW-Stellplätze in Senkrechtaufstellung integriert, die von der Kreisstraße aus südöstlicher Richtung angefahren werden. Hier ist der Bau einer Elektro-Ladesäule mit 2 Abnehmerplätzen vorgesehen.

Die Ladesäule kauft und errichtet die Gemeinde in Eigenregie. Im Zuge dieser Baumaßnahme werden nur die Erdarbeiten ausgeführt und die Fundamente errichtet.

Die Parkplätze werden durch eine Winkelstützwand in die Böschung eingebunden.

An beiden Haltestellenunterständen wird ein jeweils ein Outdoor-Terminal mit Touchmonitor und Internetzugang aufgestellt, damit man sich an dieser Stelle über die auf den Terminal installierte INSA-App (digitale Fahrplanauskunft für Sachsen-Anhalt) digital über die Verkehrsangebote, Fahrpläne und weitere Fahrgastinformationen informieren kann.

Die Outdoor-Terminal kauft und errichtet die Gemeinde wieder in Eigenregie. Im Zuge dieser Baumaßnahme werden nur die Erdarbeiten ausgeführt und die Fundamente errichtet.

Entlang des Gehweges werden insgesamt vier neue Straßenlaternen mit LED-Leuchtmitteln vom Typ Alfons I der Fa. Leipziger Leuchten oder gleichwertig mit fest integrierter Nachtabsenkung, Lichtpunkthöhe 4,50 m, Farbe RAL 6005 moosgrün, aufgestellt und ein neues Lampenkabel verlegt.

1.1.2 Entwässerung

Die Entwässerung der Gehwege, Nebenflächen und Bushaltestellen erfolgt oberirdisch mit 2,5% Quergefälle in die vorhandenen 2-reihigen Bordrinnen der angrenzenden Straßen.

Im Bereich der Fahrgasse sind zusätzliche neue Straßenabläufe geplant, die mit neu zu verlegenden Anschlussleitungen an den vorhandenen Niederschlagswasserkanal in den angrenzenden Kreisstraßen angeschlossen werden sollen.

1.1.3 Baugrund / Erdarbeiten

Entsprechend Baugrundgutachten vorangegangener Baumaßnahmen in Schackensleben besteht der Untergrund aus F3-Böden. Daher ist das Planum stets vor Feuchtigkeit durch eine Abdeckung mit Frostschutzmaterial besonders zu schützen. Dieses ist in ihrem Angebot im Rahmen der vorhandenen Einheitspreise für „Frostschutzkies und Planum herstellen“, einzukalkulieren. Für eine provisorische Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers auf dem Planum ist stets Sorge zu tragen. Dieser Aufwand ist einzukalkulieren.

Der Bodenaushub des Erdkoffers für den Tiefenbau ist für eine Wiederverwendung auf der Baustelle unbrauchbar und abzufahren.

Bei eventuell auftretenden Tagfähigkeitproblemen ist eine Untergrundverbesserung mit Frostschutzmaterial auf Anweisung der Bauleitung durchzuführen. Die Kosten hierfür sind in die entsprechende Position im Leistungsverzeichnis einzukalkulieren.

Deklarationsanalysen für abzufahrende Baustoffe sind im Beisein des AG durchzuführen, um die entsprechenden Verwertungsklassen zu bestimmen. Für die Einstufung vorab wurden Erfahrungswerte aus vorherigen Baumaßnahmen in Schackensleben zu Grunde gelegt. Die Böden sind in die Verwertungsklasse Z0 bis Z1.2 nach TR Laga einzuordnen.

1.1.4 Oberbau, Querschnitt der Pflasterflächen

Entsprechend vorheriger Baugrundgutachten wird die Frosteinwirkungszone II für die Ermittlung der Mehr- und Minderdicken gewählt. Für die Erfüllung der straßenbaulichen Anforderungen für Fahrbahn und Parkflächen wird eine Gesamtaufbaustärke des Oberbaus von 70 cm und für Gehwege von 40 cm als ausreichend angesehen.

Es werden folgende Aufbauten für die Fahrgasse, Parkplatz und Gehwege gewählt:

Fahrbahnaufbau gemäß RStO 12, Belastungsklasse 3,2:

Tafel 3, Zeile 1: 10 cm Betonsteinpflaster mit EPDM-Fuge grau
 4 cm Pflasterbettung aus Brechsand/Splitt 0/5
 20 cm Schottertragschicht B1, Ev2 = 150 MN/m²
 38 cm Frostschutzschicht B2, Ev2 = 120 MN/m²

 70 cm frostsicherer Aufbau (Ev2 = 45 MN/m²)

Parkplatzaufbau gemäß RStO 12, Belastungsklasse 1,0:

Tafel 3, Zeile 1: 8 cm Rasenfugenpflaster anthrazit
 4 cm Pflasterbettung aus Brechsand/Splitt 0/5
 20 cm Schottertragschicht B1, Ev2 = 150 MN/m²
 38 cm Frostschutzschicht B2, Ev2 = 120 MN/m²

 70 cm frostsicherer Aufbau (Ev2 = 45 MN/m²)

Gehwegaufbau gemäß RStO 12:

Tafel 6, Zeile 2: 8 cm Betonsteinpflaster rotbunt
 4 cm Pflasterbettung aus Brechsand/Splitt
 28 cm Frostschutzschicht B2, Ev2 = 80 MN/m²

 40 cm frostsicherer Aufbau (Ev2 = 45 MN/m²)

1.1.5 Straßenausstattung

Für die neue Buswendeschleife werden entsprechende neue Verkehrszeichen gemäß Verkehrsrechtlicher Anordnung aufgestellt, um sowohl die Vorfahrt als auch Zufahrtsrechte zu regeln.

1.1.6 Öffentliche Verkehrsanlagen

Entfällt

1.1.7 Versorgungsleitungen

Der AN hat im Vorfeld der Bauarbeiten Schachtscheine bei den jeweiligen Ver- und Entsorgungsunternehmen zu beantragen und beim Bau deren Leitungen zu schützen.

Im Baubereich befinden sich folgende Leitungen:

Trinkwasser	Heidewasser GmbH
Abwasser	Abwasserverband Aller-Ohre
Niederschlagswasser	Gemeinde Hohe Börde
Gasversorgung	EON Avacon
Stromversorgung	EON Avacon
Straßenbeleuchtung	Gemeinde Hohe Börde
Telekommunikation	Deutsche Telekom AG

Im Zuge der Baumaßnahme zwei neue Straßenabläufe mit Anschlussleitungen gesetzt bzw. verlegt und an einen vorhandenen NW-Kanal mittels Kernbohrung und Sattelstück angeschlossen.

Weiterhin wird ein neues Straßenbeleuchtungskabel verlegt sowie eine Stromversorgung der beiden Terminals und der E-Ladesäule von einem im Vorfeld durch den Netzbetreiber hergestellten Hausanschlusskasten verlegt.

1.2. Ausgeführte Vorarbeiten

1.2.1 Beweissicherung

Eine Beweissicherung wird für bauliche Anlagen im Baubereich ist vor Baubeginn durchzuführen und dem AG zu übergeben.

1.2.2 Festpunkte, Vermessungsnetz

Lage- und Höhenfestpunkte sowie die Absteckunterlagen (Koordinatenlisten im Landeskoordinatensystem) für Straßenachse, Ränder, Bordausrundungen etc. sind den Planungsunterlagen zu entnehmen. Diese Unterlagen sind vom AN vorab zu kontrollieren.

Dem AG werden die Polygon- und Festpunkte sowie die Hauptpunkte der Fahrbahnachsen in der Örtlichkeit übergeben. Weitere Absteckarbeiten hat der AN selbständig durchzuführen. Das Wiederherstellen von zerstörten oder beseitigten Festpunkten geht zu Lasten des AN. Die Wiederherstellung hat durch einen vom

AG genannten Vermessungsingenieur zu erfolgen. Sollte es erforderlich werden, Festpunkte im Rahmen der Bauarbeiten entfernen zu müssen, so sind diese vorher zu sichern. Der AN hat sämtliche Absteckungen selbst zu sichern. Von einem angegebenen Festpunkt aus ist die Absteckung Sache des Auftragnehmers. Die Bauleitung behält sich eine Überprüfung vor; alle hierfür erforderlichen Hilfskräfte sind kostenlos zur Verfügung zu stellen.

2. BESCHREIBUNG DER ÖRTLICHEN VERHÄLTNISSE

2.1. Zugänge und Zufahrten

- zur Baustelle

Die Zufahrt zur Baustelle kann über die K1150 aus Richtung Rottmersleben sowie Groß Santerleben bzw. K1155 aus Ri. Bornstedt bzw. Eichenbarleben erfolgen.

Die Zufahrtsmöglichkeiten zur Baustelle sind im Vorfeld der Baumaßnahme hinsichtlich der Breitenverhältnisse und Tonnagebeschränkungen zu besichtigen. Die hieraus resultierenden Mehrkosten für den Einsatz geeigneter Gerätschaften sind in die Baustelleneinrichtungsposition einzukalkulieren.

- zu den Anliegern

Die Erreichbarkeit der angrenzenden Grundstücke ist in der Regel stets zu gewährleisten. Fußläufig ist jedes Grundstück jederzeit immer angebunden zu lassen.

Rettungsdienst und Feuerwehr müssen stets den Baustellenbereich passieren können. Hierzu müssen ggf. Überfahrten aus Schotter hergestellt werden, Fußgängerbrücken und Stahlplatten aufgebaut, unterhalten und entfernt werden. Diese Kosten sind in der Verkehrssicherungs- und in der Baustelleneinrichtungsposition mit einzukalkulieren.

- Müllentsorgung

Die Entsorgungsfahrzeuge müssen an den entsprechenden Tagen den Baustellenbereich erreichen können. Ist dieses nicht zu gewährleisten, informiert die Firma das Entsorgungsunternehmen und ist den Anliegern behilflich, die Mülltonnen an die durch die Müllabfuhr erreichbaren Plätze zu schaffen. Die Müllentsorgung im Baubereich ist Sache des AN und in die Baustelleneinrichtung einzukalkulieren.

2.2. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Über die Beschaffung von Strom und Wasser sowie die Entsorgung von Abwasser hat sich der AN zu informieren, um die Anschlüsse bei Bedarf rechtzeitig realisieren zu lassen. Die Aufwendungen werden nicht gesondert vergütet, sie sind in der Baustelleneinrichtung zu erfassen. Die Versorgung der Baustelle mit Strom und Wasser kann aus dem öffentlichen Netz erfolgen. Der Einsatz von Notstromaggregaten ist nur bei längerem Stromausfall im Netz zur Abwendung von Gefahren und Schäden z.B. zur Aufrechterhaltung der Wasserhaltung zulässig.

Die Bestimmungen für Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebiete sind konsequent einzuhalten.

2.3. Lager- und Arbeitsplätze

Plätze für die Baustelleneinrichtung, Arbeitsplätze und Plätze für Unterkünfte, Lagerplätze für Baumaterialien und Schüttgüter sind vom AN eigenständig außerhalb und innerhalb des Baufeldes bzw. im Umfeld zu beschaffen. Die Lagerung von Baumaterialien und -stoffen im Baufeld ist nur bedingt möglich. Dies ist bei der Kalkulation der Einheitspreise zu berücksichtigen.

Entsprechende Flächen sind im notwendigen Umfang vom AN zu pachten und vorzuhalten und sind in die Einheitspreise entsprechend einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Es sind grundsätzlich keine Schüttgüter bzw. Baumaterialien im Baubereich zu lagern. Die Arbeiten sind so einzutakten, dass lediglich die für das Tagwerk notwendigen Schüttgüter im Baubereich zu lagern sind. Um Schäden an der vorhandenen Vegetation zu vermeiden, ist die Errichtung von Baustelleneinrichtungsflächen nur auf solchen Flächen zulässig, die für den Naturhaushalt eine geringe Bedeutung besitzen.

2.4. Oberflächenwasser

Im Bereich der Baumaßnahme liegende Gewässer, wie Gräben usw., dürfen durch die Baumaßnahme in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden. Alle sonstigen, zur Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen erforderlichen Wasserhaltungsmaßnahmen und alle Arbeiten zur schadlosen Abführung von Tages- und Grundwasser sind vom AN rechtzeitig zu treffen und in die entsprechenden Positionen des Kanalbaus einzukalkulieren. Das im Rahmen der Wasserhaltung aufgefangene Wasser ist erst nach Absetzen der Schwebstoffe dem Gewässer zuzuführen, um so eine Verunreinigung des Gewässers zu vermeiden. Alternativ kann dies auch durch Versickerung und der damit einhergehenden Filterung durch den Boden erfolgen.

2.5. Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Entfällt

2.6. Boden- und Gewässerschutz

Um die Gefahr von Bodenverschmutzung und Gewässerverunreinigung durch austretende Betriebsstoffe sowie unnötige Lärm- und Staubentwicklung zu vermeiden, sind Baumaschinen und Verfahren entsprechend dem Stand der Technik (15. BImSchV) einzusetzen. Es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, jegliche Grundwasserverschmutzung u. Grundwasserverseuchung zu unterbinden. Ansprüche Dritter sind vom AN zu regeln. Alle durch die Eigenheit der Baustelle zu erwartenden Schwierigkeiten, sonstige Witterungseinflüsse oder jahreszeitlich bedingte Erschwernisse müssen im Angebot berücksichtigt werden.

2.7. Vermutete Bodenfunde

Entfällt

2.8. Bäume und Flurgehölze

Bäume und Sträucher im Baubereich sind, im mit der Bauleitung abzustimmenden Umfang, vor Beginn der Bauarbeiten zum Schutz gegen Beschädigung mit einem Stammschutz entsprechend DIN 18920 bzw. RAS-LP 4 zu versehen. Beschädigungen an Gehölzen durch Baufahrzeuge sind zu vermeiden. Falls sie dennoch eintreten, sind geschädigte Äste und Zweige fachgerecht zu entfernen. Wunden sind mit Wundverschlussmittel zu behandeln. Arbeiten im Wurzelbereich sind von Hand durchzuführen. Werden dabei Wurzeln beschädigt oder müssen diese entfernt werden, ist eine fachgerechte Wundversorgung vorzunehmen. Es wird empfohlen, diese Arbeiten durch entsprechend ausgebildete Baumpfleger durchführen oder zumindest begleiten zu lassen. Für Schäden, die durch den AN zu vertreten sind, werden entsprechende Ausgleichmaßnahmen zu Lasten des AN angeordnet.

2.9. Anlagen im Baugelände

Der AN verpflichtet sich rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten Auskünfte über die innerhalb der Baustrecke auf öffentlichen und privaten Flächen liegenden Ver- und Versorgungsleitungen, Kabel und sonstigen unterirdischen Einrichtungen sowie über die Festpunkte und Grenzsteine bei den zuständigen Institutionen und Dienststellen einzuholen. Auf der Baustelle müssen Vorkehrungen getroffen werden, um Beschädigungen der Anlagen weitgehend auszuschließen (Art der Ausschachtung, Anweisungen an die Arbeiter u.ä.). Beim Freilegen von Versorgungsleitungen ist die örtliche Bauaufsicht umgehend zu verständigen. Die exakte Lage der Versorgungsleitungen ist durch Querschnitte zu ermitteln.

3. AUSFÜHRUNG DER BAULEISTUNG

3.1. Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Die Arbeiten auf dem Gelände erfolgen unter Vollsperrung des Baubereiches allerdings mit weites gehender Aufrechterhaltung der fußläufigen Gehwegverbindung entlang der Kreisstraße. Der Baubereich ist für die gesamte Bauzeit zum Baubeginn mit Bauzaun einzufassen.

Die Arbeiten am Gehweg entlang der Kreisstraße sind für den tatsächlich benötigten Zeitraum unter halbseitiger Sperrung der Kreisstraße mit Bauampel geplant.

Die Beantragung der verkehrsrechtlichen Anordnungen ist Sache des AN, einschließlich der Gebühren. Der Aufwand und die Kosten hierfür sind in die entsprechenden Verkehrssicherungspositionen einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Der Antrag für die verkehrsrechtliche Anordnung ist durch den AN bei der Straßenverkehrsbehörde zu stellen.

Dem Rettungsdienst ist stets, ggf. durch Unterbrechung der Arbeiten, die Durchfahrt zu gewähren. Die Aufwendungen hierfür sind in die entsprechenden Verkehrssicherungspositionen des Leistungsverzeichnisses einzukalkulieren.

Die Baufirma wird die Anlieger schriftlich vor Baubeginn über die vorgesehene Sperrung informieren. Sollte eine Grundstückszufahrt auch nach Feierabend nicht mehr mittels PKW erreicht werden können, so wird die Firma 36 Stunden vorher den Anlieger in Kenntnis setzen.

Für die Sperrung von öffentlichem Verkehrsraum bei der Durchführung der Arbeiten hat die Absperrung und Kennzeichnung der Arbeitsstelle entsprechend der Örtlichkeiten gem. Regelplan (RSA 21) zu erfolgen. In diesem Fall ist die Zustimmung des Baulastträgers notwendig. Die Genehmigung hierzu ist beim zuständigen Ordnungsamt durch den AN einzuholen.

3.2. Bauablauf

3.2.1 Baubeginn / Bauende

Die Termine für den Baubeginn und die Fertigstellung des Vorhabens sind den Vertragsbedingungen zu entnehmen.

Die Bauleistungen sind werktags (**einschl. Samstag**) und unter Ausnutzung des Tageslichtes unter Einhaltung des Immissionsschutzes zu erbringen.

Der AN hat unverzüglich nach der Auftragserteilung dem AG einen Bauablauf- und Bauzeitenplan vorzulegen, diesen abzustimmen und die Arbeiten aufzunehmen. Betriebsferien, Kurzarbeit oder sonstige Unterbrechungen sind unzulässig. Die in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ angegebenen Baufristen sind einzuhalten.

Durch den AN ist über den Bauablauf- und Bauzeitenplan abzusichern, dass der vertraglich vereinbarte Fertigstellungstermin unbedingt eingehalten wird.

Die Haftung setzt das schuldhaftige Verhalten des Auftragnehmers für den Fall voraus, dass der vertraglich vereinbarte Fertigstellungstermin nicht eingehalten wird, bzw. die prüffähige Schlussrechnung nicht gemäß VOB/B § 14 (3) vorliegt.

3.2.2 Bauüberwachung

Die örtliche Bauüberwachung obliegt der Gemeinde Hohe Börde bzw. dem durch diese beauftragten Ingenieurbüros.

3.2.3 Abrechnung der Bauleistungen

Die Höhe der Abschlagszahlungen sind durch den AN mit einem Finanzierungsplan vor Baubeginn zu planen und vom AG bestätigen zu lassen.

Abschlagsrechnungen können entsprechend des nachgewiesenen Baufortschrittes je Kalendermonat maximal einmal gelegt werden. Für Abschlagsrechnungen sind die Nachweise von Art und Umfang der ausgeführten Arbeiten auf Aufmaßblättern nachvollziehbar zu belegen, damit die prüfbare Leistung berechnet werden kann. Grundlage der Aufmaßblätter sind die gemeinsam mit der Bauüberwachung vorgenommenen Aufmaße. Den zu erstellenden Aufmaßblättern sind entsprechende Aufmaßskizzen beizufügen. Die Aufmaßblätter und Aufmaßskizzen sind fortlaufend zu nummerieren und entsprechend der Nummerierung abzuheften.

Werden vom AN Rechnungen eingereicht, die vom Rechnungsaufbau oder –inhalt nicht den vorstehenden Anforderungen entsprechen, werden diese durch AG bzw. von der örtlichen Bauüberwachung ungeprüft zurückgegeben.

Lieferscheine, Rechnungen- und Zahlungsbelege (ZVB-StB 88, § 39, § 4 Nr. 1).

Es sind sämtliche im Zusammenhang mit der Erfüllung des Bauvertrages anfallenden Lieferscheine sowie Rechnungen und Zahlungsbelege gemäß § 14 VOB/B dem AG zu übergeben, sofern der AG dies verlangt.

3.3. Wasserhaltung

Entfällt

3.4. Baubehelfe

Baubehelfe sind Angelegenheiten des AN. Eventuell hierfür anfallende Kosten sind, wenn im Leistungstext nicht anders beschrieben, in alle entsprechenden Leistungspositionen einzukalkulieren.

3.5. Stoffe, Bauteile

Alle Leistungen des Leistungsverzeichnisses schließen grundsätzlich auch die Lieferung sämtlicher dazugehöriger Stoffe und Bauteile, einschließlich dem Abladen und dem Lagern auf der Baustelle mit ein, außer wenn in der Leistungsbeschreibung etwas anderes vorgesehen ist.

Daraus ergibt sich, soweit in den Texten nicht ausdrücklich anders vermerkt, dass die Lieferung der Stoffe eingeschlossen ist und eine fertige Leistung erwartet wird. Eingeschlossen sind somit auch alle Tätigkeiten wie Herstellen, Montieren, Anschließen, Funktionsprüfungen usw., die zur restlosen Erfüllung der Leistung gehören, auch wenn diese nicht ausdrücklich aufgezählt werden.

Beabsichtigt der Bieter andere gleichwertige Materialien, Baustoffe oder Bauteile einzusetzen, als die im Leistungsverzeichnis beschriebenen, so hat er bereits bei der Angebotsabgabe schriftlich den Nachweis der Gleichwertigkeit (Prüfzertifikate) zu erbringen. Zu einem späteren Zeitpunkt sind Änderungen im Materialeinsatz nicht mehr zulässig.

Der Einsatz und die Verarbeitung der in diesem Leistungsverzeichnis erwähnten Baustoffe sowie deren sachgerechte Verarbeitung nach den jeweils gültigen Vorschriften, Normen, Merkblättern und Richtlinien ist dem AN bekannt und im vollem Umfang im Einheitspreis berücksichtigt.

3.6. Winterbau

Winterbau ist bei diesem Bauvorhaben nicht vorgesehen. Die Kosten für Unterbrechungen und Wiederaufnahme der Arbeiten infolge ungünstiger Witterung und Wintereinbruch sind in die Baustelleneinrichtungsposition mit einzukalkulieren.

3.7. Sicherungsmaßnahmen

Entfällt

3.8. Belastungsannahmen

Die Belastungsannahmen sind den einschlägigen DIN-Normen und Technischen Vorschriften zu entnehmen.

3.9. Aufmaßverfahren

3.9.1 Allgemeine Angaben

Der AN hat durch Fertigung von Einmeßskizzen mit darauf hinzuwirken, dass eine lückenlose Dokumentation der Trassen möglich ist. Behinderungen bzw. resultierender Koordinierungsaufwand wegen diesbezüglicher Vermessungsarbeiten während der Baumaßnahme werden nicht gesondert vergütet.

Sämtliche Aufmäße haben im unmittelbaren Anschluss an die Arbeiten unter Hinzuziehung des AG zu erfolgen.

Der AN hat die Abnahme der gefertigten Leistungen rechtzeitig zu beantragen und kann dies gegebenenfalls mit dem Aufmaß verbinden.

Zur Erstellung aller Abrechnungen werden die gemeinsam unterzeichneten Blätter von AN und AG zugrunde gelegt.

Rechnungen sind der abrechnenden Stelle in 3-facher Ausführung einzureichen.

3.10. Prüfungen

3.10.1 Eigenüberwachungsprüfungen

Der AN ist zur Eigenüberwachung verpflichtet. Der AG ist rechtzeitig vor der geplanten Durchführung der Eigenüberwachungsprüfung zu informieren (min. 24 h vorher). Die Beteiligung an der Versuchsdurchführung und die entsprechende Protokollbestätigung des AG ist erforderlich.

Die in den Zusätzlichen Technischen Vorschriften und Richtlinien für den Untergrund und die ungebundenen Tragschichten als Eigenüberwachungsprüfung geforderten Nachweise der erzielten Verdichtung sind dem AG mit dem dazugehörigen Versuchsprotokoll auf Verlangen zu übergeben. Standorte der durchgeführten Versuche sind in einer Übersichtsskizze entsprechend den Vordrucken einzutragen. Zur Ausführung der Versuche muss ein in den Untersuchungsmethoden der Bodenmechanik geschulter Techniker zur Verfügung stehen.

3.10.2 Kontrollprüfungen, Identitätsprüfungen

Nach Aufforderung des AG hat der AN Proben aller zur Verwendung kommenden Stoffe zu Kontroll- bzw. Identitätsprüfungen zu entnehmen. Der AN hat dies zu ermöglichen und dazu eventuell erforderliche Hilfskräfte, Hilfsmittel für Probeentnahme und Versand der Proben sowie der Stoffe ohne besondere Vergütung zu stellen. Die Durchführung der Kontroll- und Identitätsprüfungen erfolgt durch eine nach RAP-Stra zugelassene unabhängige Prüfstelle, die vom AG separat beauftragt wird.

3.11 Hinweise zum Leistungsverzeichnis

Die Seiten der Leistungsverzeichnisse sind fortlaufend nummeriert. Der Bieter hat nach Erhalt der Ausschreibungsunterlagen diese auf ihre Vollständigkeit zu überprüfen. Die Bauleistungen schließen grundsätzlich die Lieferung sämtlicher dazugehöriger Stoffe und Bauteile einschließlich Abladen und Lagern auf der Baustelle mit ein, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts Anderes vorgeschrieben ist.

Es wird dringend empfohlen, die Baustelle vor Angebotsabgabe zu besichtigen, um sich ein Bild von der Örtlichkeit zu machen.

Die Abgabe des Angebotes gilt als Bestätigung des Bieters, alle notwendigen Erkundungen usw. vorgenommen und sich über sämtliche Unterlagen und Bestimmungen der Ausschreibung eingehend unterrichtet zu haben. Stellt er in den Verdingungsunterlagen Unklarheiten fest, welche nach seiner Auffassung die Preisermittlung beeinflussen, so hat er die ausschreibende Stelle vor Angebotsabgabe schriftlich bzw. per Telefax entsprechend zu unterrichten.

Für sämtliche durch den AG durchgeführten Kontrollprüfungen, die auf der Baustelle erfolgen, muss der Auftragnehmer in Anwesenheit des Auftraggebers Hilfeleistungen (Belastungsfahrzeug, Baufreiheit etc.) durchführen. Die Termine sind mit der Bauleitung rechtzeitig abzustimmen.

Im Leistungsverzeichnis enthaltenen Verdichtungsnachweise sind Nachweise, die über die in Eigenkontrolle auszuführenden Verdichtungsnachweise hinausgehen. Sie gelten nicht als Ersatz für die Eigenkontrolle.

Alle im Leistungsverzeichnis enthaltenen Massen sind überschlägig ermittelt. Die genauen Mengen sind mit der Bauleitung in der Örtlichkeit durch gemeinsames Aufmaß festzulegen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Weitergabe von Lieferungen und Leistungen an Subunternehmer der Genehmigung des Auftraggebers und der Bauleitung bedarf. Die Genehmigung wird nur für solche Subunternehmer erteilt, die bereits gleichwertige Arbeiten zufrieden stellend ausgeführt haben. Sie müssen die gleichen Kriterien wie der Hauptauftragnehmer erfüllen.

Erforderliche Nachträge, die vor der Ausführung anzukündigen und zu bestätigen sind, dürfen erst nach Beauftragung durch den AG zur Ausführung kommen. Gleiches gilt bei Massenerhöhungen von mehr als 10 v. H. gegenüber dem Massenansatz im LV. Zuwiderhandlungen gelten gemäß VOB Teil B, § 2 Punkt 8 (1) als Geschäftsführung ohne Auftrag.

Sollte sich bei der Bauausführung ergeben, dass Nachtragsangebote erforderlich werden, so müssen bei Leistungen gemäß Paragraph 2, Abs. 5, VOB/B die Preise dieser Angebote auf der Kalkulationsgrundlage des Hauptangebotes basieren. Auf Anforderung sind der Bauleitung Kalkulationsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

Witterungseinflüsse werden nicht als höhere Gewalt oder unabwendbaren Umstand im Sinne der VOB/B § 7 angesehen, es sei denn, der AN weist nach, dass sie völlig außergewöhnlich waren.

3.12 Nachträge zum Bauvertrag

Erforderliche Änderungen oder Ergänzungen des Bauvertrages gemäß § 2 VOB/B, § 6 Abs. 6 VOB/B oder § 8 Abs. 1 VOB/B sind in schriftlich zu vereinbarenden „Nachträgen“ vorzunehmen. Dazu ist vom AN ein schriftliches Nachtragsangebot mit den folgenden Inhalten zu erstellen:

1. Veranlassung – Erläuterungen über die Notwendigkeit des Nachtrags,
2. Grundlage des Vergütungsanspruchs gemäß VOB/B
3. Ausführungszeitraum des Nachtrags, Auswirkungen auf die Gesamtbauzeit
4. Angebot mit Langtext, Einzel- u. Gesamtpreisen sowie verbindlicher Unterschrift
5. Detailkalkulation der Nachtragspositionen (Leistungen pro Mengeneinheit, Stundensätze, Zuschläge), Auszüge aus der Urkalkulation
6. Nachunternehmer-, Lieferantenangebote
7. positionsbezogene Erläuterungen zu den Nachtragsleistungen (ggf. Soll-Ist Vergleich)
8. Fotodokumentation
9. Schriftverkehr (Anordnung, Protokolle zu Abstimmungen, Mehrkostenanzeigen)

Die Erstellung von Nachtragsangeboten erfolgt zu Lasten des Auftragnehmers. Anfallende Kosten sind ggfs. in die Nachtragspositionen mit einzukalkulieren.

4. AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

4.1. Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

Baubeschreibung	
Übersichtskarte	M 1 : 50.000
Übersichtsplan	M 1 : 5.000
Lageplan	M 1 : 250
Ausbauquerschnitt	M 1 : 50

4.2. Vom AN zu beschaffende Ausführungsunterlagen

Vorankündigung
Detaillierter Bauablaufplan
Bauzeiten- und Zahlungsplan
Beweissicherungspläne soweit erforderlich
Verkehrssicherungspläne Umleitung u. Baustelle (verkehrsbehördliche Anordnung)
alle weiteren Pläne etc. gemäß der vertraglichen Vereinbarung
Urkalkulation

5. ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VORSCHRIFTEN

Sämtliche Leistungen der Ausschreibungsunterlagen sind gemäß den nachfolgend aufgeführten Zusätzlichen Technischen Vorschriften und Richtlinien auszuführen. Abweichungen sind nur mit ausdrücklicher und schriftlicher Genehmigung des AG zulässig. Es gilt jeweils die 3 Monate vor Vertragsabschluss gültige Fassung.

Als Vertragsbestandteil gelten:

- Die zum Vertragsabschluss aktuelle VOB als Ganzes.

- Insbesondere wird hingewiesen auf §1 Nr.3, §2 Nr.1 der VOB/B (Rangfolge bei Widersprüchen), sowie §4 Nr.2 Abs.1 Satz 2 der VOB/B.
- Anerkannte Regeln der Technik, insbesondere alle bei der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, FGSV, aufgeführte Merkblätter, Technische Lieferbedingungen (TL), Richtlinien (RL), Technische Prüfvorschriften (TP) und sonstige Regelungen.

ZVB/E-StB 2002 *Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 2002*, wenn die Zusätzlichen Vertragsbedingungen der Bundesrepublik Deutschland, Bundesstraßenverwaltung nicht etwas anderes enthalten.

5.1. Anzuwendende Zusätzliche Technische Vorschriften

ZTV E – StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017
ZTV SoB – StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2020, mit Änderungen Mai 2021
ZTV A – StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2012
ZTV La – StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2018
ZTV Ew – StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014
ZTV Fug – StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugenfüllungen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015
ZTV – SA	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 1997, Fassung 2011
ZTV Pflaster – StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen, Ausgabe 2020

5.2. Anzuwendende Normen

IVZ - Norm	Standardpläne für die Lochung und Aufstellung von Verkehrszeichen, Ausgabe 2002
DIN 4124	Baugruben, Gräben, Böschungen, Arbeitsraumbreiten, Verbau
DIN 18318	Verkehrswegebauarbeiten, Pflasterdecken, Pflasterbeläge, Einfassungen
DIN EN 1340	Bordsteine aus Beton
DIN EN 1338	Pflastersteine aus Beton
DIN EN 1342	Pflastersteine aus Naturstein
DIN EN 1610	Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen

5.3. Anzuwendende sonstige technische Vorschriften

Merkblatt für die Anwendung von Geotextilien und Geogittern im Erdbau des Straßenbaus.

RAS-Ew	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Entwässerung, Ausgabe 2005
RAS-LG 4	Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen, Ausgabe 1995
RAS-LP 4	Richtlinie für die Anlagen von Straßen, Schutz von Bäumen, Ausgabe 1999
RG Min - StB	Richtlinien für die Güteüberwachung von Mineralstoffen im Straßenbau, Ausgabe 1993
RSA	Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 2021
RAP Stra	Richtlinie für die Anerkennung von Prüfstellen für Baustoffe und Baustoffgemische im Straßenbau, Ausgabe 2015
RStO	Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012, Korrektur 2020
TL Fug-StB	Technische Lieferbedingungen für Verfüllstoffe in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015
TL Pflaster - StB	Technische Lieferbedingungen für Bauprodukte zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen, Ausgabe 2006; Fassung 2015
TP Min-StB	Technische Prüfvorschriften für Mineralstoffe im Straßenbau, Ausgabe 1995
TP D-StB	Vorschrift zur Bestimmung der Dicken von Oberbauschichten im Straßenbau, Ausgabe 1989

5.4. Technische Anforderungen auf Basis ARS und RS, Verfügungen des LAS ST

ARS-Nr. 5/94	Plattendruckversuch nach DIN 18134, Ausgabe 19.1.1985
ARS-Nr. 9/89	Anerkennung von Prüfstellen als Fremdüberwacher der Ausführung, Ausgabe 12.6.1989

5.5. Änderungen und Ergänzungen

Sofern obige Vorschriften überholt sind, gilt stets die neueste Ausgabe bzw. deren Nachfolgevorschrift in den Zusätzlichen Vertragsbedingungen genannten Zeitraum. Es gilt bei Widersprüchen die Reihenfolge der Vertragsbestandteile gemäß VOB Teil B §1, 1.2. Alle in diesem Leistungsverzeichnis aufgeführten Spezifikationen verstehen sich als Ergänzung der jeweils relevanten Werksvorschriften, Normen und Spezifikationen.

6. BAULEITUNG

Die im Leistungstext beschriebenen Arbeiten dürfen nur von Firmen durchgeführt werden, die über Arbeitskolonnen mit der erforderlichen Qualifikation verfügen:

- der Kolonnenführer muss die Befähigung zur Verarbeitung von Beton- und Naturstein durch Nachweis erbringen,
- der Kolonnenführer muss bei der Bauausführung der einzelnen Leistungspositionen ständig anwesend sein,
- der Kolonnenführer ist vor Ausführung der Arbeiten schriftlich zu benennen. Jeder Wechsel ist sofort anzuzeigen, der AN hat den bestellten Bauleiter auf die strafrechtlichen Bestimmungen hinzuweisen.

Der AN hat die anerkannten fremdüberwachenden Firmen vor Ausführung der Arbeiten schriftlich zu benennen.

Irleben, April 2025